



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

Unternehmerverband Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.
Hauptgeschäftsstelle, Gutenbergstraße 1, 19061 Schwerin

Pressemitteilung - 26.08.2020 -

Hauptgeschäftsstelle
19061 Schwerin, Gutenbergstraße 1

Tel.: 0385 - 56 93 33
Fax: 0385 - 56 85 01
E-Mail: mecklenburg@uv-mv.de
Web: www.uv-mv.de

Präsident
Rolf Paukstat

Geschäftsführerin
Pamela Buggenhagen

Verbandsjuristin
Carolin Hegewald

Tel.: 0385 - 55 74 778
Fax: 0385 - 56 85 01
Mobil: 0176 - 10 540 715
E-Mail: jurist@uv-mv.de

Schlag ins Gesicht der Wirtschaft: In der größten Wirtschaftskrise fordert der öffentliche Dienst 4,8 Prozent mehr Lohn

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, wonach die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal um 9,7 Prozent eingebrochen ist, ist der ermittelte Rückgang der stärkste Einbruch seit Einführung der vierteljährlichen Berechnungen der Wirtschaftsleistung vor 50 Jahren.

Pamela Buggenhagen, Geschäftsführerin Unternehmerverband: *„Während die Bundesregierung und auch die Landesregierung die Hilfen für die Wirtschaft ausweiten und verlängern, weil ansonsten ein dramatischer Anstieg von Insolvenzen und Arbeitslosigkeit droht, fordern die Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst eine Lohnerhöhung. Welch ein fatales Zeichen für alle Unternehmerinnen und Unternehmer, die auch mit und für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ums Überleben kämpfen.“*

Mit dem Rückgang der Wirtschaftsleistung fehlt einer Finanzierung von Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst ganz klar die Grundlage. Die Lage im öffentlichen Dienst stellt sich zwar sehr unterschiedlich dar – in bestimmten Bereichen, wie in den kommunalen Kliniken, den Gesundheitsämtern, den Arbeitsagenturen oder im ÖPNV wurde besonderer und sehr aner kennenswerter Einsatz erbracht. In anderen Bereichen jedoch nicht, hier waren und sind immer noch große Teile der Mitarbeiterschaft im Homeoffice oder in Kurzarbeit. Daher gilt es die Situation und Leistung im öffentlichen Dienst differenziert einzuschätzen und - wenn überhaupt - entsprechend differenziert über Lohnerhöhungen zu reden. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich bereits im Frühjahr im Eiltempo auf einen Krisen-Tarifvertrag geeignet, der Kurzarbeit auch in Kommunen ermöglicht. Dabei ist es möglich, dass KUG in den untersten Entgeltgruppen auf 95% des Nettoentgelts aufzustocken, ab der Entgeltgruppe 11 auf 90%.

Die öffentlichen Haushalte der Kommunen sind wegen der Corona-Krise maximal belastet. Damit ein „Mehr“ gegenwärtig, wie in großen Teilen der freien Wirtschaft, nicht machbar.



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

Die Umsetzung der Forderungen würde laut ver.di insgesamt rund sechs Milliarden Euro kosten. Die Gewerkschaften fordern zudem, dass das Ergebnis der Verhandlungen auf die mehr als 225.000 Bundesbeamten übertragen wird. Ab dem 1. September sollen die Verhandlungen für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen beginnen.

Bei der Tarifrunde 2019 haben sich die Gewerkschaften der Angestellten im öffentlichen Dienst der Länder bereits auf eine Lohnerhöhung von 8 % bei einer Laufzeit von 33 Monaten geeinigt, man rühmte sich das „Beste Ergebnis seit vielen Jahren“ erreicht zu haben. Dies in Corona-Zeiten vielleicht noch einmal zu diskutieren ist, scheint undenkbar zu sein.

Die aktuellen Pläne sind realitätsfern, unverhältnismäßig und unsolidarisch. Die Kosten werden auf Unternehmen und deren Beschäftigte abgewälzt, sie finanzieren durch ihre Steuerabgaben den Sozialstaat.

Geht es der Wirtschaft schlecht, kann auch der Sozialstaat nicht mit vollen Händen finanziert werden. Der öffentliche Dienst ist Dienstleister für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und mit 4,8 Mio. Beschäftigten der größte Arbeitgeber und Ausbilder in Deutschland. Keine Frage, in vielen Bereichen wurde hart und am Limit gearbeitet, doch auch es darf nicht verschwiegen werden, dass das lange nicht in allen Bereichen so war und ist.

Mit unternehmerischen Grüßen

Rolf Paukstat
Präsident

Pamela Buggenhagen
Geschäftsführerin

Unternehmerverband Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e.V.



„Gerade im Bereich der Landwirtschaft kämpfen wir seit Jahren mit einem niedrigerem Lohnniveau, da die seit 1990 nicht wesentlich gestiegenen Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte kaum Spielraum für Lohnerhöhungen lassen. Zur stetigen Kostensteigerung in der Landwirtschaft tragen nicht zuletzt auch Land und Kommunen durch ständig steigende Pachtpreise mit immer höher werdenden an die Bewirtschaftungsauflagen der Flächen der öffentlichen Hand bei. Die Löhne in der Landwirtschaft entfernen sich immer weiter vom Niveau der übrigen Arbeitnehmer in negativer Hinsicht, das betrifft nicht nur den Abstand zu Industrie und Handwerk, sondern gerade auch den öffentlichen Dienst. Unsere Arbeitnehmer bezahlen mit niedrigen Löhnen die im Verhältnis niedrigsten Lebensmittelpreise in Europa. Die Forderung nach Lohnerhöhung in Höhe von 4,8% ist ein Schlag ins Gesicht aller Landwirte die auch zu Corona-Zeiten dazu beitragen, dass immer alle Lebensmittel verfügbar sind.“

Viele Grüße aus der Landwirtschaft

Rainer Mönch / Agp Lübesse

„Ich denke, dass in so ungewissen Zeiten erstmal die Konzentration auf Stabilisierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gerichtet werden sollte. Die finanziellen Belastungen, die der Staat, Länder und Kommunen zu stemmen haben, sind kaum überschaubar und bedürfen in erster Linie einer stabilen Wirtschaftslage. In dieser Phase die Einkommensschraube pauschal hoch zu drehen, ist m.E. verfehlte Politik und lässt das Verantwortungsbewusstsein der Gewerkschaften vermissen.“

Torsten Hecht / Com In® GmbH & Co. KG

„Meiner Ansicht nach zeigt sich an diesem Beispiel wieder einmal wie z.T. realitätsfern die Verantwortlichen in den Gewerkschaften vorgehen. Es ist kaum zu vermitteln, dass in einer schweren Wirtschaftskrise mit wegbrechenden Umsätzen, reduzierten Ertragslagen und Kurzarbeit die Privatwirtschaft versucht zu überleben, um künftig auch noch für die Schaffung von Mehrwerten und Steueraufkommen bereit zu sein und auf der anderen Seite Geld in unangemessener Größenordnung abgefordert wird. Hier bleibt nur ein Appell an die Tarifparteien den Gesamtumständen in Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung zu tragen. Die Politik muß sich der Diskussion stellen und die richtigen Zeichen setzen.“

Tom Henning / SHA Ing. Siegmund Henning Anlagentechnik GmbH

„Ich kann die Forderungen in keiner Weise nachvollziehen, wir haben durchaus andere gesellschaftliche Schwerpunkte, die es gilt, vordergründig zu bedienen. Ich denke an unsere Kitas und Schulen, an attraktive Angebote in der Aus- und Weiterbildung, an Unternehmen, die Lösungen brauchen, um ihre Geringqualifizierten für die digitale Zukunft vorzubereiten und Fachkräfte zu binden. Es muss Geld zur Unterstützung zukunftsgerichteter Themen da sein.“

Peggy Hildebrand / GiB mbH



UNTERNEHMERVERBAND
Norddeutschland Mecklenburg-Schwerin e.V.

„Mit großem Unverständnis verfolgen wir viele der derzeit von Politik und Gewerkschaften unternommenen Vorstöße von einem „Recht auf Home Office“, über die Vier-Tage-Woche bei „einem gewissen Lohnausgleich“ bis hin zu den aktuellen Lohnforderungen im Öffentlichen Dienst.

Als wertschöpfendes mittelständisches Unternehmen sind wir in diesen Zeiten nicht zuletzt aufgrund anspruchsvoller Schutz- und Hygienemaßnahmen einem hohen Kostendruck ausgesetzt. Wir arbeiten jeden Tag gemeinsam mit unseren Mitarbeitern durch Fleiß, Effizienz und innovatives Wirtschaften daran, allen auch in Zukunft sichere Arbeitsplätze zu bieten. Die fatale Signalwirkung der aktuellen Lohnforderungen auf den Arbeitsmarkt und die zunehmende Bedrohung durch bürokratische Eingriffe aller Art in das mittelständische Unternehmertum gefährden dieses Bestreben.

Während sich die Akteure aus Politik und Gewerkschaften mit ihren realitätsfernen, weil unbezahlbaren Forderungen und Auflagen für die hiesige Wirtschaft gegenseitig überbieten, werden gleichzeitig internationale Konzerne wie Genting Hong Kong mit öffentlichen Geldern gerettet. Hier wird in doppelter Hinsicht der Sargnagel in unsere regional ansässige, Wert-schöpfende und innovative mittelständische Wirtschaft geschlagen. Denn niemand sonst außer uns und unseren Mitarbeitern zahlt am Ende die Zeche!“

Dr. Christian Knapp / LFW Ludwigsluster Fleisch- und Wurstspezialitäten GmbH & Co.KG

„Viele Unternehmen in unserer Region haben in der Vergangenheit ohnehin schon Mitarbeiter aufgrund des Gehaltsunterschiedes an den öffentlichen Dienst verloren. Das betrifft viele Berufsgruppen, Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte, Bauingenieure, Lehrer und viele andere. Diese Schere dürfte so noch weiter auseinander gehen. Das Argument der Gewerkschaften, man muss ja mit der Lohnentwicklung in der Wirtschaft mithalten, trifft für unsere Region nur in ganz wenigen Ausnahmefällen zu. “

Thomas Tweer / Diakoniewerk Neues Ufer gem. GmbH